EINX .: MOZ. 2022

Beteiligung der Träger öffentlicher Belange an der Bauleitplanung (§ 4 Abs. 1 Baugesetzbuch)

Wichtiger Hinweis:

Mit der Beteiligung wird Ihnen als Träger öffentlicher Belange die Gelegenheit zur Stellungnahme im Rahmen Ihrer Zuständigkeit zu einem konkreten Planverfahren gegeben. Zweck der Stellungnahme ist es, der Gemeinde die notwendigen Informationen für ein sachgerechtes und optimales Planungsergebnis zu verschaffen. Die Stellungnahme ist zu begründen; die Rechtsgrundlagen sind anzugeben, damit die Gemeinde den Inhalt nachvollziehen kann. Die Abwägung obliegt der Gemeinde.

Gemeinde.				
1. T + R Ingenieure GmbH				
3. Änderung des Flächennutzungsplanes mit Landschaftsplan				
Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 27 "Lebensmittelmarkt und Ärztehaus mit Apotheke", Gemeinde Lenting_				
für das Gebiet				
mit Grünordnungsplan				
dient der Deckung dringenden Wohnbedarfs ja nein				
Grow do: Document and English and State and St				
Satzung über den Vorhaben- und Erschließungsplan				
Sonstige Satzung				
Frist für die Stellungnahme(§ 4 BauGB)				
Frist: 1 Monat (§ 2 Abs. 4 BauGB-MaßnahmenG)				
2. Träger öffentlicher Belange				
Planungsverband Region Ingolstadt				
1 Idituigs Volodita Region ingoistadt				
Name/Stelle des Trägers öffentlicher Belange (mit Anschrift und Tel.Nr.)				
Planungsverband Region Ingolstadt, Bahnhofstraße 16, 85101 Lenting				
2.1 Keine Einwendungen				
2.2 Ziele der Raumordnung und Landesplanung, die eine Anpassungspflicht nach § 1 Abs. 4 BauGB auslösen				
2.2 Ziele der Raumordnung und Landesplanding, die eine Anpassungsprücht nach § 1 Aos. 4 BauGB auslösen				
2.3 Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o.g. Plan berühren können, mit Angabe des				
Sachstands				

2.4 Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die im Regelfall in der Abwägung nicht überwunden werden können (z.B. Landschafts- oder Wasserschutzgebietsverordnungen)				
Einwendungen				
Rechtsgrundlagen				
Möglichkeiten der Überwindung (z.B. Ausnahmen oder Befreiungen)				
wiognenkenen der Oberwind	dung (z.b. Aushanmen oc	ier betreiungen)		
2.5 Sonstige fachliche Informationen und Empfehlungen aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o.g. Plan, geglie-				
dert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage Hinweis: Auf das in Anlage beigefügte Schreiben des Regionsbeauftragten vom 01.02.2022 wird mit				
der Bitte um Beachtung im weiteren Verfahren hingewiesen.				
		•		
	and the second			
			·.	
Ingolstadt, 02.02.2022	Tout	WYT		
Ort, Datum	•	•		
Franz Kratzer				

Der Regionsbeauftragte für die Region Ingolstadt bei der Regierung von Oberbayern



Regierung von Oberbayern · 80534 München

Planungsverband Region 10 Geschäftsstelle Bahnhofstr. 16 85101 Lenting

per E-Mail: rpv-in@lra-ei.bayern.de

Bearbeitet von

Telefon/Fax

Zimmer

E-Mail

Dr. Sebastian Wagner

+49 89 2176-2156 / 402156

4412 se

sebastian.wagner@reg-ob.bayem.de

Ihr Zeichen RPV Ihre Nachricht vom email vom 24.01.2022

Unser Geschäftszeichen ROB-2-8341.24_01_EI-18-10München, 01.02.2022

Gemeinde Lenting, EI;

3. Änderung des Flächennutzungsplanes und Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 27 "Lebensmittelmarkt und Ärztehaus mit Apotheke"; § 4 Abs. 1 BauGB

Sehr geehrter Herr Kratzer,

der Regionsbeauftragte für die Region Ingolstadt gibt auf Anforderung der Geschäftsstelle des Planungsverbandes Region Ingolstadt gemäß Art. 8 Abs. 4 BayLpIG zu o. g. Planungen folgende gutachtliche Äußerung ab:

Sachverhalt

Die Gemeinde Lenting beabsichtigt mit o.a. Bauleitplanung die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Ansiedlung eines Lebensmittelmarktes und Ärztehauses mit Apotheke zu schaffen. Das Plangebiet (insg. ca. 1,2 ha) befindet sich am südlichen Ortsrand von Lenting westlich an die Ingolstädter Straße angrenzend. Es schließt unmittelbar an ausgewiesenes Wohngebiet an, bestehende Wohnbebauung befindet sich gegenüber der Ingolstädter Straße bzw. 80 m nördlich. Das Plangebiet soll im Norden im Bereich des geplanten Ärztehauses mit Apotheke als Mischgebiet (ca. 0,2 ha), südlich davon im Bereich des geplanten Lebensmittelmarktes als Sondergebiet "Lebensmittelmarkt" (ca. 0,6 ha) und am südlichen Rand naturschutzfachliche Ausgleichsfläche (ca. 0,3 ha) festgewetzt werden.

Dienstgebäude Maximilianstraße 39 80538 München U4/U5 Lehel

U4/U5 Lenel Tram 16/19 Maxmonument Telefon Vermittlung +49 89 2176-0

E-Mail poststelle@reg-ob.bayem.de

Telefax +49 89 2176-2914

Internet www.regierung.oberbayern.bayern.de



Bewertung

Für die Festsetzung eines Sondergebietes für großflächigen Einzelhandel sind u.a. die LEP Ziele 5.3 maßgeblich. Die Gemeinde Lenting ist als zentraler Ort gem. LEP 5.3.1 (Z) für die Ausweisung einer Fläche für ein Einzelhandelsgroßprojekt geeignet. Aufgrund der Lage des Plangebietes sowie der Angaben in den Planunterlagen kann der Standort als städtebaulich integriert gem. LEP 5.3.2 (Z) bewertet werden. Da die nächstgelegene Bushaltestelle als ortsübliche ÖPNV-Verbindung immerhin ca. 450 m entfernt liegt, sollte hier zur Minimierung des Fußweges, auch zu dem geplanten Ärztehaus, die Errichtung einer zusätzlichen nähergelegenen Haltestelle angestrebt werden

Allerdings sind weder der Begründung noch den Festsetzungen Angaben zu den geplanten maximalen Verkaufsflächen des vorgesehenen Lebensmittelmarktes zu entnehmen. In dem den Planunterlagen beiliegenden CIMA-Gutachten ist ein Lebensmittelmarkt (Netto) mit ca. 1021 m² Verkaufsfläche zuzüglich Backshop mit Café (ca. 61 m²) als Beurteilungsgrundlage angenommen. Dies läge durchaus in dem Rahmen der gem. LEP 5.3.1 (Z) in allen Gemeinden für Einzelhandelsbetriebe mit Sortimenten des Nahversorgungsbedarfes zulässig ist.

Anhand des CIMA-Gutachtens lässt sich auch ableiten, dass durch die Planungen keine Beeinträchtigung der Funktionsfähigkeit zentraler Orte gem. RP 10 B IV 3.2.2 Z sowie keine Schwächung des Ortszentrums gem. RP 10 B IV 3.3 Z zu erwarten ist.

Um die Planungen dahingehend jedoch abschließend bewerten zu können, wären die konkret geplanten maximalen Verkaufsflächen bezogen auf Sortimente bzw. Betriebsform in den Festsetzungen explizit festzulegen.

Hinsichtlich der Erfordernisse zum Klimaschutz (LEP 1.3.1 (G)) sowie der verstärkten Erschließung regenerativer Energien (LEP 6.2.1 (Z)) sind die vorgesehenen Festsetzungen zur verpflichtenden Mindestfläche von zu installierenden Photovoltaikmodulen auf den Dachflächen der Gebäude ausdrücklich zu begrüßen.

Mit freundlichen Grüßen

S. alagrees

Dr. S. Wagner